

**Begrüßungsrede der
Niedersächsischen Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe
Doris Schröder-Köpf, MdL
anlässlich der der Jahreskonferenz der Integrations-, Ausländer-
und Migrationsbeauftragten der Bundesländer am 05. und
06.11.2015 in Göttingen**

- Es gilt das gesprochene Wort -

**Liebe Integrations-, Ausländer- und Migrations-
beauftragte der Bundesländer,
lieber Herr Oberbürgermeister Köhler,
liebe Gäste,**

**herzlich willkommen in Niedersachsen! Schön,
dass so viele von Ihnen trotz der besonderen
Umstände gekommen sind, um gemeinsam
wichtige Themen zu besprechen, Resolutionen
zu beschließen und sich auszutauschen.**

**Frau Staatsministerin Özoguz ist leider kurzfris-
tig verhindert und lässt sie herzlich grüßen.**

Ich freue mich sehr, Sie alle zu unserer Jahreskonferenz begrüßen zu dürfen. Leider kann unser Treffen aufgrund der aktuellen Situation nicht wie ursprünglich geplant in Friedland stattfinden.

Ich hoffe, Sie sind mit der Alternative hier im Intercity Hotel in Göttingen zufrieden, die zu einem guten Arbeitsklima beitragen soll.

Momentan gehen wir durch bewegte Zeiten, die sich so wahrscheinlich vor ein paar Monaten noch keiner von uns hätte ausmalen können.

Wir haben es seit dem Ende des II. Weltkrieges mit einer der größten Flüchtlingsbewegungen nach Europa und insbesondere auch nach Deutschland zu tun.

Die hohe Anzahl an Asyl- und Schutzsuchenden, die vor Krieg, Verfolgung und Not aus ihrer Heimat geflüchtet sind, stellen Deutschland und Europa auf absehbare Zeit vor große Herausforderungen. Eine dauerhafte Lösung kann nur gelingen, wenn wir verstärkt die Herkunftsländer und -regionen in den Blick nehmen.

Die Unterstützung von Flüchtlingen und das Schaffen von Perspektiven vor Ort müssen dabei Vorrang genießen. Es müssen verstärkt die Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpft werden.

Zusätzlich bedarf es der Stabilisierung der Transitländer. Ebenso wie die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und -chefs der Bundesländer begrüße ich, dass der Rat der Europäischen Innenminister bei seiner Sitzung am 22. September 2015 eine Verteilung von bis zu 120.000 Flüchtlingen beschlossen hat.

Das kann angesichts der aktuellen Zahlen aber nur ein erster kleiner Schritt sein.

Zum Vergleich: Für das gesamte Jahr 2014 wurden insgesamt knapp 240.000 Menschen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zur Verteilung auf die Länder registriert.

Im August prognostizierte das Bundesamt einen Zugang von bis zu 800.000 Personen für das Jahr 2015. Inzwischen werden höhere Zahlen nicht ausgeschlossen.

Diese insgesamt für 2015 prognostizierte Zahl soll nach Medienberichten vom Wochenende bereits jetzt erreicht sein, weil im September über 300.000 Menschen über Bayern eingereist sind – also in einem Monat mehr als im gesamten Jahr 2014.

Ich muss Ihnen nicht erzählen, wie prekär die Situation ist, weil so viele Menschen Schutz suchen, die wir nicht im Stich lassen wollen. Die humanitäre Aufnahme und die Schutzgewährung für Flüchtlinge werden vermutlich die größten Herausforderungen der nächsten Jahre sein.

Diese Herausforderungen können wir aber nur erfolgreich bewältigen, wenn wir die Bevölkerung mitnehmen. Mit der hohen Anzahl der Menschen, die täglich zu uns nach Deutschland kommen, steigt auf der einen Seite die Hilfsbereitschaft.

Auf der anderen Seite steigt aber auch die Verunsicherung. Viele Menschen haben Ängste, denen wir begegnen müssen. Wir müssen die Menschen informieren und erklären, was gerade im Land – und auch konkret vor ihrer Haustür – passiert.

Es ist alarmierend, dass es deutschlandweit immer wieder zu Übergriffen und Brandanschlägen auf geplante und bewohnte Flüchtlingsunterkünfte kommt.

**Der Diakonie-Präsident Ulrich Lilie äußert sich dazu heute in der „WELT“ wie folgt:
„Eine konsequente, schnelle und erfolgreiche Strafverfolgung kann dazu beitragen, eine weitere Eskalation von Gewalttaten zu verhindern.“ Zitat Ende.**

Ich kann mich dem nur anschließen: Rassismus und Menschenverachtung dürfen in Deutschland keinen Platz haben!

Anrede,

Lassen Sie mich auf die Situation hier in Niedersachsen eingehen, die sicher vergleichbar mit der in Ihren Ländern ist.

Niedersachsen trägt nach dem „Königsteiner Schlüssel“ rd. 9,3 % der Lasten, dies sind nach der vorsichtigen Schätzung annähernd 80.000 Menschen.

Es können bis Jahresende aber auch ca. 100 000 sein. Seit August sind im groben Durchschnitt täglich 1000 Asylbewerber in Niedersachsen angekommen. Manchmal sind es 700 Menschen, an manchen Tagen mehr als 1500.

Es sind nicht nur Menschen, die aus Süddeutschland in Zügen direkt nach Niedersachsen weitergeleitet worden sind. In rund einem Drittel der Fälle gelangen die Menschen auf anderen Wegen nach Niedersachsen und geben sich dann erst hier als asylsuchend zu erkennen.

Bei den aus Bayern weitergeleiteten Menschen kommen wiederum nicht immer alle auch tatsächlich an.

Einige verlassen die Züge auf dem Weg. Das macht neben den hohen Zuzugszahlen die Erstaufnahme schwer zuverlässig planbar.

Für die Versorgung von Obdach- und mittellosen Menschen, die neu ankommen, benötigen wir vor allem unsere Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünfte.

Die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen hatte Anfang 2013 in ihren Erstaufnahmeeinrichtungen 1.500 Plätze. Inzwischen haben wir über 26.000 Notunterkunftsplätze geschaffen. Bis Jahresende sollen es mindestens 35.000 sein. Das ist die große Herausforderung für die nächsten Wochen.

Die vorhandenen Plätze sind mit bis zu rund 34.000 Menschen belegt. Wir brauchen Reserven und müssen umschichten, damit wir die Menschen aus Zelten und anderen schwierigen Unterkünften herausbekommen.

Aus den Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften werden die Menschen in die Kommunen weitergeleitet. Das erfolgt teilweise vor Beendigung ihrer Asylverfahren, weil wir Platz für Neuankömmlinge brauchen.

Aber wir stoßen an Grenzen, die neue Lösungen erfordern, trotz der Weiterleitung in Einzelfällen und der vielen neuen Plätze. Die Landesregierung hat deshalb - wie zuvor auch andere Länder - Kommunen um Amtshilfe bitten müssen.

Nach dem Grad der bisherigen Belastung und Leistungsfähigkeit sind nun nach einem festen Schlüssel 20 Kommunen betroffen, die sich daran beteiligen, die Obdachlosigkeit der neu ankommenden Menschen zu vermeiden.

Im Hintergrund läuft in Niedersachsen eine neu eingerichtete Struktur zur Krisenbewältigung: Wir haben einen Staatssekretärsausschuss und einen Koordinierungsstab, der ressortübergreifend arbeitet und sich fortlaufend austauscht.

Dieser Stab ist in der Lage, schnell und ressortübergreifend zu entscheiden! Und auch im Innenministerium gibt es einen Krisenstab, der jeden Tag die Entwicklungen behandelt und zu den akuten Fragestellungen berät.

Darüber hinaus hat das Innenministerium erst letzte Woche alle Aufgaben zum Themenbereich Flucht in einer neuen Abteilung „Flüchtlingsangelegenheiten“ gebündelt.

Das Land hat 2015 mittlerweile für den Flüchtlingsbereich Ausgaben in Höhe von rund 930 Mio. Euro vorgesehen.

Davon wurde mit zwei Nachtragshaushalten über eine halbe Milliarde Euro zur Verfügung gestellt, um in allen Bereichen den neuen Zahlen entsprechend nachzufinanzieren und teilweise auch neue Maßnahmen aufzulegen.

Außerdem hat Niedersachsen eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, um die Schaffung von Erstaufnahmeeinrichtungen zu erleichtern. Mit dieser hat Niedersachsen drei Forderungen gestellt.

Erstens wird die Bundesregierung gebeten, Gespräche mit der EU-Kommission zu führen, um kurzfristig Erleichterungen im Bereich des Vergaberechts zu erreichen.

Zweitens sollte es eine erleichterte Zulassung von Flüchtlingsunterkünften in reinen Wohngebieten geben.

Drittens sollten Flüchtlingsunterkünfte vom EEWärmeGesetz ausgenommen sowie Anforderungen der Energieeinsparverordnung für Flüchtlingsunterkünfte gesenkt werden.

Niedersachsen trägt Vorschläge zu Änderungen im Vergabe-, Bau- und Umweltrecht mit. Außerdem arbeiten wir daran, eine Vielzahl von landesrechtlichen Vorschriften anzupassen, um eine schnelle Unterbringung von Flüchtlingen zu gewährleisten.

Der Fraktionsgesetzentwurf eines Niedersächsischen Flüchtlingsunterbringungserleichterungsgesetzes (NFUEG) befindet sich derzeit in der Ausschussberatung und soll im November-Plenum verabschiedet werden.

Der Niedersächsische Innen- und der Niedersächsische Finanzminister haben sich mit der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände auf eine Erhöhung der Aufnahme- pauschale ab 2016 geeinigt.

Auf Basis der Flüchtlingszahl von 2014 sieht das Land für 2016 eine Pauschale von 9.500 Euro pro zugewiesener Person vor.

2017 wird die Aufnahme- pauschale, auf Basis der Zahlen für 2015, auf dann mindestens 10.000 Euro jährlich erhöht.

Im laufenden Jahr hat Niedersachsen den Kommunen 6.195 Euro ausgezahlt. Hinzu kamen als Sonderzahlung 120 Millionen Euro aus eigenen und Mitteln des Bundes.

Ich begrüße, dass sich der Bund verpflichtet, die Asylverfahren trotz steigender Antragszahlen auf durchschnittlich drei Monate zu verkürzen, die Altfälle abzuarbeiten und den Zeitraum zwischen Registrierung und Antragstellung erheblich zu verkürzen, so dass eine Verkürzung des Verfahrens bis zur Entscheidung des BAMF auf maximal fünf Monate im Jahr 2016 erreicht wird.

Wichtig wird in Zukunft darüber hinaus vor allem sein, dass Ausländer- und Sozialbehörden sowie Verwaltungsgerichte personell und organisatorisch in der Lage sind, die hohe Zahl der Entscheidungen des BAMF angemessen und schnell zu bewältigen.

Bund, Länder und Kommunen werden verstärkt zusammenarbeiten müssen, um bei jeder vollziehbaren Ausreisepflicht zügig die Rückführung zu veranlassen. Das trägt Niedersachsen mit.

Nach der Bewältigung der aktuell drängendsten Herausforderung, die vielen Menschen angemessen und winterfest unterzubringen, werden wir viele Jahre auf allen Ebenen mit der Integration der Flüchtlinge beschäftigt sein, die bei uns bleiben, und natürlich auch mit der Rückführung derjenigen, die nicht schutzbedürftig sind.

Damit echte Teilhabe der hier Bleibenden ermöglicht wird, ist Integration erforderlich im Bereich bei der Sprachförderung ebenso wie beim Zugang zu Bildung und Ausbildung, bei ihrer Einbindung in den Arbeitsmarkt ebenso, wie bei der Ermöglichung kultureller und gesellschaftlicher Teilhabe.

Nach meiner Einschätzung ist dabei der wichtigste Teil eine frühzeitige, gute Sprachförderung.

Deshalb freue ich mich, dass der Bund die Integrationskurse für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive öffnen und die hierfür vorgesehenen Mittel entsprechend dem gestiegenen Bedarf aufstocken will.

Das hatten wir Länderbeauftragte gemeinsam schon vor den aktuellen Entwicklungen letztes Jahr in Bremen gefordert.

Positiv ist auch, dass die Länder die für die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse zuständigen Stellen und die von den Ländern finanzierte Zentralstelle für das ausländische Bildungswesen angemessen ausstatten wollen, um die zu erwartende Steigerung von Anträgen auf Anerkennung von Bildungsabschlüssen zügig und kompetent zu bearbeiten.

16 zusätzliche Stellen werden dafür bei der länderübergreifenden Gutachtenstelle bei der ZAB geschaffen und finanziert.

Auch die ehrenamtlich Engagierten, die so große Hilfsbereitschaft zeigen, müssen besonders unterstützt werden.

Dafür will der Bund bis zu 10.000 zusätzliche Stellen für den Bundesfreiwilligendienst schaffen. Auch die Länder arbeiten am Ausbau von Unterstützungsangeboten und haben Mittel weitgehend aufgestockt, so z.B. Niedersachsen durch seine Nachtragshaushalte.

Auch im Bereich der Gesundheitsversorgung gibt es positive Entwicklungen auf Bundes- und Länderebene.

Nun zum Ablauf der Tagung: Zur Begrüßung wird der Oberbürgermeister der Stadt Göttingen, Rolf-Georg Köhler, das Wort an uns richten.

Im Anschluss daran wollen wir die Konferenz thematisch eröffnen. Dazu werden wir die erste Resolution zur humanitären Aufnahme und Schutzgewährung bei aktuell hohen Flüchtlingszahlen bearbeiten.

Ich würde mich freuen, wenn wir diese Resolution am Ende der gemeinsamen Arbeit als gemeinsamen Antrag aller anwesenden Länderbeauftragten verabschieden könnten. Das würde unseren Anliegen zu diesen wichtigen Themen ein besonderes Gewicht verleihen.

Ab 14 Uhr können Sie sich dann bei einer Kaffeepause mit einem kleinen Imbiss stärken.

Nach der Mittagspause spricht Dr. Joachim Baur. Als Kulturwissenschaftler und Leiter des wissenschaftlichen Aufbauteams des Museums Friedland wird er Näheres zum aktuellen Sachstand, aber auch über die Geschichte Friedlands berichten.

Danach wird Niedersachsen als Gastgeberland gern die zweite Resolution vorstellen. Das Thema Sprachförderung stellt nach meiner Meinung das zentrale Thema für die Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte dar.

Daher haben wir einen gesonderten Entwurf zu diesem Themenbereich vorbereitet, um hier einen Schwerpunkt zu setzen.

Des Weiteren liegen ein Entwurf aus Niedersachsen zum Thema Einwanderungsgesetz sowie ein Entwurf aus Sachsen zur aktiven Vermittlung der Werte unserer Gesellschaft und der Regeln unseres Zusammenlebens vor. Dafür danke ich Ihnen, lieber Herr Mackenroth.

Ich freue mich auf die Arbeit mit Ihnen und hoffe, wir kommen zu einstimmigen Beschlüssen, die wir gemeinsam gut tragen können.

Heute Abend werden die Teilnehmenden von Shuttle-Bussen um 18:30 Uhr hier vor dem Hotel zur Fahrt nach Friedland abgeholt. Sollte jemand in einem anderen Hotel übernachten und es schwierig sein, bis 18:30 Uhr wieder hier zu sein, bitte ich um einen kurzen Hinweis an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Beim Rundgang in Friedland wird Herr Hörschemeyer, Standortleiter der Landesaufnahmebehörde Friedland, uns persönlich begleiten und sachkundig informieren.

Ich freue mich sehr, dass außerdem auch Herr Dr. Baur und Andreas Friedrichs, der Bürgermeister der Gemeinde Friedland, dabei sein werden.

Einen runden Abschluss dieses hoffentlich gelungenen und arbeitsreichen Tages werden wir mit einem gemeinsamen Abendessen im Landhaus Biewald haben.

Herr Bürgermeister Friedrichs wird uns dort über die Gemeinde Friedland als wichtige Willkommensgemeinde für Flüchtlinge berichten, worauf ich mich schon sehr freue.

Auch das Landhaus Biewald hat im Zusammenhang mit Friedland eine tiefgreifende Geschichte in Bezug auf Geflüchtete. Im II. Weltkrieg wurden die Gebäude für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt.

Nach dem Krieg wurde Friedland bekannt durch das Grenzdurchgangslager und auch die alte Schankwirtschaft wurde für Heimkehrer genutzt. Filmaufführungen und Sportaktivitäten fanden in dem Festsaal statt.

Nach dem Abendessen stehen bis etwa 22:00 Uhr Shuttle-Busse nach Göttingen zum Hotel bereit.

Den Auftakt zum zweiten Teil der Konferenz wird die Niedersächsische Kultusministerin Frauke Heiligenstadt mit dem Thema „Partizipation und Teilhabe im Bildungsbereich“ geben.

Daran schließt sich ein Fachvortrag von Frau Prof. Dr. Elke Montanari von der Universität Hildesheim an. Der Titel Ihres Vortrags lautet: „Willkommen in der Schule! Zur Vorbereitung zukünftiger Lehrer und Lehrerinnen im Studium auf die Bereicherung der Schule durch Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungs- oder Fluchterfahrung“.

Nach einer Kaffeepause können wir dann mit der Beratung der Resolutionen und Beschlussfassung fortfahren.

Um 12:00 Uhr unterbrechen wir für eine Pressekonferenz, bei der ich nach vorheriger Absprache auf Unterstützung durch zwei oder drei von Ihnen setze, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die anderen können sich währenddessen früher als wir beim Mittagessen stärken.

Ab 13:00 Uhr können wir dann alle gemeinsam zum Abschluss unserer Tagung Organisatorisches und Verschiedenes klären. Für Berichte aus den Ländern hatte ich vorab keine Mitteilung bekommen.

Ich wünsche unserer Konferenz den Erfolg, den diese wichtigen Themen brauchen und darf nun das Wort an Herrn Oberbürgermeister Köhler übergeben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!